

Evangelische Verantwortung

Herausgeber: Gerhard Schröder - Werner Dollinger - Wilhelm Hahn
Gerhard Stoltenberg - Walter Strauß

ÖFFENTLICHKEITSAUFTRAG DER KIRCHEN

Siegfried v. Kortzfleisch

Die Diskussion über den Öffentlichkeitsauftrag der Kirchen hat sich seit den fünfziger Jahren bemerkenswert verlagert. In jenen noch immer als "Nachkriegszeit" erlebten Jahren ging es darum, die Einsichten der dialektischen Theologie (etwa über die geheime, aber innige Beziehung zwischen Bürgergemeinde und Kirchengemeinde) und die Erfahrungen des Kirchenkampfes bei der Neugestaltung des Verhältnisses von Kirche und Staat einzubringen. Die evangelischen Kirchen legten Wert darauf, eine zureichende Distanz zum Staat zu gewinnen. Der Staat sollte mehr als zuvor die Kirche in ihrer Eigenständigkeit achten. Dabei sollte aber die Kirche zugleich das Recht haben, dem Staat ihre Meinung zu sagen und dafür aufmerksames Gehör zu verlangen. Staat und Kirche fixierten eine solche Anschauung vom Öffentlichkeitsauftrag der Kirchen in konkordatsähnlichen Verträgen. Das interessanteste Modell dafür lieferte der Luccumer Vertrag vom 19. März 1955 zwischen dem Land Niedersachsen und den fünf dort vertretenen Landeskirchen, der in seiner Präambel den Öffentlichkeitsauftrag der Kirchen ausdrücklich anerkennt. Der Vertrag hat zwar staatskirchenrechtlich noch immer große Bedeutung, spielt aber in der Diskussion um den Öffentlichkeitsauftrag der Kirche einer immer geringere Rolle.

Der Grund dafür ist, daß sich der gesellschaftliche Stellenwert der Kirche gewandelt hat. 1955 war die Kirche im Bewußtsein der entscheidenden Schichten noch eine relativ fest umrissene Größe. Es war - noch - eine anscheinend natürliche Sache, daß der Staat und die (Groß-)Kirchen miteinander Verträge abschlossen. In den sechziger Jahren aber verlor das

Nr. 5 19. Mai 1970

AUS DEM INHALT

| | |
|---|----|
| Öffentlichkeitsauftrag der Kirchen | 1 |
| Wandel im Verhältnis der Konfessionen Eberhard Stammer | 3 |
| Aus unserer Arbeit | 4 |
| Wir stellen zur Diskussion: Zur bildungspolitischen Konzeption der CDU Dieter Burkert | 6 |
| Die Situation an den Hochschulen Gerd Langguth | 8 |
| Leserbriefe | 11 |

Die 16. Bundestagung des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU findet vom 15. bis 17. Oktober 1970 in Hannover statt

Verhältnis von Kirche und Staat an Bedeutung, während das (umfassendere) Verhältnis von Kirche und Gesellschaft mehr beachtet und zugleich problematisiert wurde. In dieser Konstellation war die Kirche nicht mehr primär eine Körperschaft, die kraft ihrer verfassungsmäßigen Stellung und um ihrer großen Mitgliederzahl willen Gewicht hatte. Sie erschien vielmehr als eine Stimme unter vielen in dem Prozeß der Meinungsbildung, der natürlicherweise davon ausgeht, daß es diese und jene Meinung zu einer Sache gibt. Das Wort der Kirche verlor an bloß institutioneller Autorität. Es gewann aber zugleich eine ganz andersartige, eine Sachautorität, sobald und soweit die Kirche sich - zum Beispiel in ihren Denkschriften - auf gründliche Gutachterarbeit zu den anstehenden sozialen oder politischen Problemen einließ und dabei auch Positionen zu beziehen wagte, die so konkret waren, daß sie polemisch der "Einseitigkeit" bezichtigt werden konnten.

Dabei wurde deutlich, daß die Kirche, die dem Staat als ein quasi gleichberechtigter Partner gegenüber treten kann, sich der Gesellschaft gegenüber anders verhalten muß. Den gesellschaftlichen Kräften, den Meinungsströmungen oder Haltungen (wie "progressiv" oder "konservativ") kann die Kirche also auch nicht mehr mit den Mitteln der Diplomatie zufriedenstellend begegnen (dazu gehören Beauftragte am Sitz der Bundesregierung, Neujahrsempfänge von Bischöfen, Interventionen beim Bundeskanzler oder bei Ministern, Briefe an Fraktionsgeschäftsführer o.ä.). Im breiten Feld gesellschaftlicher Entwicklungen und Meinungsbildungsprozesse kann die Kirche den von ihr gewünschten Einfluß nur in der Weise geltend machen, daß sie so gut wie möglich "mitmischt": überall und nicht nur da, wo sie es fein findet, argumentierend und nicht aus höherem Wissen heraus belehrend, fragend oder anregend und nicht fordernd, vielstimmig und nicht künstlich auf eine Einstimmigkeit getrimmt, die doch nicht glaubhaft wäre. Je mehr die Kirche und je mehr Gruppen von Christen sich so engagieren desto mehr verliert zwar die Kirche ihre Identität als eine festumrissene Größe. Doch eben diese Identität der Kirche, die als eine ecclesia triumphans auftritt und dabei als weltanschaulicher Block die Pluralität der Gesellschaft gefährdet, wird in der heutigen Diskussion über den Öffentlichkeitsauftrag der Kirche von vielen als nicht evangelisch, nicht dem Evangelium gemäß abgelehnt.

Solch offenes Engagement in der sich wandelnden Welt hat zu völlig neuen Frontbildungen geführt. Innerhalb der Kirche wurde die Opposition stark spürbar, die noch vorwiegend im Modell Staat-Kirche denkt. Sie beklagt die "Politisierung" der Kirche obwohl es sich eben nicht um ein traditionell definiertes politisches, sondern um ein vielgestaltiges gesellschaftliches Engagement handelt. Auf der anderen Seite sind Stimmen laut, denen eine "nur fromme" Kirche überhaupt nichts mehr bedeuten würde. Dieser innerkirchlichen Polarisierung entspricht auch eine Polarisierung im öffentlichen Echo, das von altertümlich-antiklerikaler Antikirchenpropaganda bis zu respektvoller Anerkennung der anscheinend neuen Ansätze der Kirche reicht.

Die Begründungen für den Öffentlichkeitsauftrag der Kirche mögen heute noch so lauten wie in den fünfziger Jahren. Die Bedingungen, unter denen er zu erfüllen ist, haben sich jedoch wesentlich geändert. Das übt einen Zwang auf die Kirchen aus - sie müssen ihre Arbeitsformen

ändern oder doch jedenfalls neue Akzente setzen. Folgerichtig werden derzeit zum Beispiel beträchtliche Gelder für die publizistische Arbeit bereitgestellt oder beantragt. Es wäre freilich überzeugender gewesen, die genehmigenden Synoden oder Bischofskonferenzen hätten sich nicht erst unter dem Zwang der Entwicklung befunden, der gesellschaftlichen Ebene des Öffentlichkeitsauftrages, wo es um die Verbände und Parteien, um Vereine und Betriebe, um Massenmedien und Bildung geht, mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

WANDEL IM VERHÄLTNIS DER KONFESSIONEN

Eberhard Stammer

Die Kluft zwischen den beiden großen Konfessionen, die jahrhundertlang die deutsche Geschichte verfolgt hatte, wird gegenwärtig in auffallendem Maß eingeebnet. Es war schon ein Verdienst der Union gewesen, daß sie Christen aus beiden Konfessionen zu gemeinsamem Handeln führte. Immerhin aber wirkten die getrennten Traditionen doch noch so nach, daß es sinnvoll erschien, einen Evangelischen Arbeitskreis zu gründen, der den protestantischen Anteil festigen sollte. Auch wenn es dabei nie zu bedenklichen Spannungen oder gar zu polemischen Auseinandersetzungen kam, hatte es sich doch bewährt, der evangelischen Stimme auf diese Weise ein wirksames Gehör zu verschaffen.

Auch heute wird einem solchen Zusammenschluß noch eine besondere Aufgabe zukommen, aber seine Funktion kann sich insofern ändern, als sich auch das Verhältnis der Konfessionen gewandelt hat. Ein aktuelles Beispiel dafür ist das Problem der Mischehe, an dem die kirchliche Trennlinie von vielen als besonders schmerzhaft empfunden wird. So hat sich die katholische Kirche noch nicht dazu entschließen können, ihren bisherigen Rechtsstandpunkt aufzugeben, aber immerhin setzt sich jetzt in zunehmendem Maß die Praxis durch, daß sich evangelische und katholische Ehepartner in einem gemeinsamen Gottesdienst von Pfarrern ihrer Konfession trauen lassen. Vor allem die ökumenischen Trauungen, wie sie gegenwärtig in Marburg geübt werden, sind ein Hinweis darauf, und es ist auffallend, wieviele Paare von auswärts diese Möglichkeit in Anspruch nehmen. Interessant ist auch, daß vor kurzem die Synode der Badischen Landeskirche sich in einem Telegramm unmittelbar an den Papst wandte, um ihn für ein größeres Entgegenkommen in dieser Hinsicht zu gewinnen.

Noch bedeutsamer ist es, daß auf dem Gebiet der Theologie überraschend starke Annäherungen zu beobachten sind. Spätestens seit dem zweiten Vatikanischen Konzil lassen sich in der katholischen Diskussion immer mehr Fragestellungen und Argumente finden, die dem reformatorischen Denken auffallend nahekommen. In dem Maß, in dem dort die Freiheit des Gewissens einen neuen Entfaltungsraum bekam,

ist die Entwicklung rasch in Fluß gekommen. Sie läßt sich vor allem auch daran ablesen, daß sich das Laienelement mit energischen Schritten freizusetzen begann und wesentlich mehr Eigenständigkeit beansprucht, als dies in der bisherigen Geschichte denkbar gewesen wäre. In Verbindung damit steht auch die Infragestellung der Autorität des Naturrechts und nicht zuletzt der harte Kampf um die Abschaffung des priesterlichen Zölibats.

Wie sehr sich die Fronten entschärft haben, zeigt sich auch am Bild großer kirchlicher Konferenzen. Es ist heute kaum mehr eine derartige Versammlung oder Synode denkbar, ohne daß nicht Vertreter der anderen Konfession dazu eingeladen werden und daran mitwirken. Je mehr auf der einen Seite der Prozeß der Säkularisierung, der Verweltlichung unserer Welt, voranschreitet und je mehr auf der anderen Seite die Kontinente zusammenrücken, desto eher verlieren die konfessionellen Gegensätze ihre Bedeutung und desto wichtiger wird es für die Christenheit, gemeinsame Antworten auf die drängenden Fragen unserer Zeit zu finden. Auch im politischen Raum wird diese Entwicklung ihre Spuren hinterlassen. Mehr als bisher noch legt es sich nahe, daß Protestanten und Katholiken zu gemeinsamen Aktionen kommen und in einer noch engeren Partnerschaft ihren Beitrag zum politischen Denken und Handeln erarbeiten. Das wird auch für die CDU gelten.

AUS UNSERER ARBEIT

Bundesarbeitskreis

Auf der Bundesdelegiertenkonferenz des Evangelischen Arbeitskreises (EAK) der CDU/CSU wurde Bundesminister a.D. Dr. Gerhard Schröder für die Dauer von zwei Jahren wiedergewählt. Ihm stehen als gleichberechtigte Stellvertreter die CDU/CSU-Politiker Minister Hahn, Dollinger und Stoltenberg zur Seite. Desweiteren wurden folgende Vorstandsmitglieder gewählt: Dr. von Bismarck, MdB, Rechtsanwalt Deringer, Erwin Ettlting, Dr. Kraske, MdB, Pfarrer Roser, MdB, Friedrich Vogel, MdB, Frau Dr. Walz, MdB, Dr. von Weizsäcker, MdB. Unter den kooptierten Mitglieder wurden Inge Steimann vom Bundesvorstand der Jungen Union und der Bundesvorsitzende des Ringes Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) Gerd Langguth gewählt.

Nach seiner Wiederwahl erklärte Bundesminister a.D. Dr. Gerhard Schröder, daß der Evangelische Arbeitskreis auch in Zukunft bestrebt sei, einen Beitrag zur innerparteilichen Diskussion der entscheidenden Grundsatzfragen zu leisten. Darüber hinaus setzte er sich für Gespräche zwischen dem Arbeitskreis und der Evangelischen Kirche, den evangelisch-theologischen Hochschullehrern und der kritisch engagierten evangelischen Jugend ein.

Im Verlauf der Versammlung wurde darüber hinaus besonders betont, daß versucht werden müsse, das spezifisch protestantische Anliegen in der Politik klar zu formulieren und zu vertreten. Dies erfordere insbesondere eine Stellungnahme zum "C" in unserem Parteinamen.

Studiengruppe

Die aus Mitgliedern der Studiengruppe zusammengesetzte 7-er Kommission hat ihre Arbeit erfolgreich abgeschlossen. In der Studiengruppensitzung vom 24.4.1970 wurden die von der Arbeitsgruppe vorgelegten "Grundzüge einer christlich-demokratischen Politik" angenommen. Sie wurden zunächst der CDU-Programmkommission, die sich mit der Erarbeitung eines neuen Parteiprogramms befaßt, zur Verfügung gestellt.

Wir werden diese "Grundzüge einer christlich-demokratischen Politik" in einer unserer nächsten Ausgaben veröffentlichen, um sie auch in den Arbeitskreisen auf Orts- und Kreisebene zur Diskussion zu stellen.

Interview

In einem Interview des Deutschlandfunks erklärte Dr. Gerhard Schröder auf die Frage:

Herr Dr. Schröder, Sie sind erneut zum Bundesvorsitzenden des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU gewählt worden. Stützen Sie sich in Ihrer Politik auf diesen Arbeitskreis oder - anders gefragt - erblicken Sie in ihm eine Art Hausmacht?

Ich glaube, es wird gut sein, daß man hier folgendes zunächst einmal klarstellt: Der Evangelische Arbeitskreis, 1952 von Ehlers in Siegen gegründet, hat in den ganzen Jahren als entscheidende Aufgabe die gesehen, einen Beitrag zum politischen Denken und Handeln der Christlich Demokratischen oder Christlich Sozialen Union zu bieten. Ich will das an einem ganz einfachen Beispiel klarmachen: Damals, als der Evangelische Arbeitskreis gegründet wurde, standen die Fragen sowohl der Verteidigungspolitik - sagen wir einmal allgemeiner der Sicherheitspolitik und der Europapolitik im Vordergrund. Zu diesen Fragen hat ohne jeden Zweifel der Evangelische Arbeitskreis einen besonderen Beitrag geleistet und in den dann folgenden Jahren sind seine Tagungen eigentlich immer wieder anerkannt worden als ein sehr geeignetes Forum, die geistige Auseinandersetzung innerhalb der Christlich Demokratischen und Christlich Sozialen Union voranzutreiben, zu überprüfen, auf dem neuesten Stand zu halten. Sein Forum, das ich gerade erwähnte, hat sich ein gutes Stück erweitert in den letzten Jahren. Wir haben großen Wert darauf gelegt, daß nicht nur evangelische Stimmen in diesem Forum zum Tragen gebracht wurden, sondern wir haben großen Wert auch auf die Diskussion mit den katholischen Freunden bei dieser Meinungssuche und Meinungsbildung gelegt.

Das ist das eine. Sicher ist der Evangelische Arbeitskreis weder nach seiner Gründung noch nach seiner praktischen Tätigkeit das, was man eine Pressure-Group bezeichnen könnte und er ist sicherlich auch nicht eine Hausmacht. Ich kann übrigens, um das ganz offen zu sagen, den Ausdruck Hausmacht, der sehr oft heute für diese oder jene Richtung gebraucht wird, eigentlich nicht recht leiden, weil ich ihn für ein bißchen unmodern halte. Das Entscheidende bleibt,

das, was ich gesagt habe, der Beitrag zu dem permanenten geistigen Ringen innerhalb der Christlich Demokratischen Union, wobei ich auch gar nichts dagegen einzuwenden habe, daß manchmal vielleicht die Zustimmung zur bestimmten Haltung gerade im evangelischen Bevölkerungsteil besonders intensiv ist. Dies ist aber nicht das Ziel der Arbeit, sondern das ist eine Realisierung der Verhältnisse, mit denen wir es zu tun haben.

WIR STELLEN ZUR DISKUSSION:

ZUR BILDUNGSPOLITISCHEN KONZEPTION DER CDU

Dieter Burkert

1. Das berufsbildende Schulwesen muß zum berufebildenden Schulwesen werden

Berufs-, Berufsaufbau-, Berufsfach-, Fach- und Höhere Fachschulen sowie verwandte Einrichtungen müssen - in Anlehnung an das Prinzip der Grundbildung - so umgestaltet werden, daß sie für mindestens zwei, besser für mehrere Berufe zugleich vorbereiten können. Damit wird nicht nur einer "Systematisierung der Berufsausbildung" (Achtenhagen) entsprochen, sondern einer (beruflichen) "Ausbildungskonzeption" (Blankertz), die einerseits Rücksicht nimmt auf eine wissenschaftlich angemessene Bildungstheorie und damit die Möglichkeit für den (jungen) Menschen, sich nicht nur als Arbeitskraft, sondern auch als sinnhaft orientierter Mensch zu erfahren, andererseits die Bedingungsfaktoren keineswegs verkennt, die ebenfalls berücksichtigt sein wollen (wie Arbeitsanforderungen, wirtschaftssystemale Forderungen, Ausbildungs- und Ausbilderinteressen, überlieferte Ausbildungsformen, politische Intentionen).

Praktisch geht es um eine "Stufenausbildung" (Begriff seit etwa 1964 in der Fachliteratur), und zwar nach allgemeinen und Spezial-Qualifikationsstufen: Alle Lehrlinge müssen z.B. die gleiche Grundstufe absolvieren, bevor eine weitere Entscheidung (in Richtung der einen oder anderen Facharbeitsrichtung oder auch technisch orientierter Angestelltentätigkeit) fällt. Dadurch wird das "duale Ausbildungssystem" (Punkt 76.7 des 'Aktionsprogramms' 1970 der nordrhein-westfälischen CDU) intensiviert, die betriebliche (und schulische wie gesondert-schulische) Ausbildung rationalisiert und - durch die möglichst breite Grundausbildung - sowohl die Mobilität des Lehrlings wie diejenige dieses besonders wichtigen gesellschaftlichen Feldes gesteigert. Statt des heute noch weithin üblichen "Umlernens" (Strukturkrisen!) wird ein "Lernen durch Rückgriff" (auf die breitfachliche Grundbildung, Stufe I der Neuen Berufsausbildung) möglich.

2. Weder dreigliedriges Schulwesen noch Gesamtschule - sondern Stufenschule

In den 60-er Jahren galt die Alternative: hier dreigliedriges Schulwesen, dort Gesamtschule. Diese Entscheidung und Gegenüberstellung ist überholt. Für beide Bildungssysteme kommt es in den 70-er und 80-er Jahren darauf an, den einzelnen Schülern ("Schülerstudenten", "Kollegiaten") den Anschluß - nicht an die "Gesamthochschule" (etwa im Unterschied zu Punkt 78 des NRW-Aktionsprogramms), sondern an eine wirklich Moderne Hochschule (Stufenhochschule) zu sichern. Dies ist nur möglich mit einer umgestalteten Oberstufe, die weder Gesamtschulfortsatz als "Studienstufe" noch (mittlerer) Gymnasialfortsatz als "Kollegstufe" ist, sondern tertiäre Bildungsstufe eigener Art.

Das (herkömmliche) dreigliedrige Schulwesen mit seinem System der Jahrgangsklassen war auf Durchschnittsleistungen eingestellt; das - in den Anfängen ins 19. Jahrhundert zurückreichende - Gesamtschulwesen mit seinem Kurssystem zielte auf verschiedene Niveaus innerhalb eines Faches. Beides enthält zu große Mängel, als daß es politisch und (erziehungs)wissenschaftlich noch länger vertreten werden könnte. Eine moderne Partei wie die CDU (nicht 1863 gegründet wie die SPD, sondern 1945 entstanden) muß sich deshalb insbesondere von dem von der SPD vertretenen Gesamtschulwesen abwenden im Wissen um dessen organisatorische, pädagogische und vor allem ideologische Mängel (Verkürzung des Menschen auf ein bloß noch gesellschaftliches Wesen!). Sie kann dies um so eher, als mit der tertiären Bildungsstufe ein Konzept gefunden ist, daß der Zukunft gerecht wird: Es geht nämlich weder um den in allen Fächern durchschnittlich gebildeten (Dreigliedriges System) noch um den in verschiedenen Fächern unterschiedlich geförderten (Gesamtschulsystem), sondern um den in zentralen - curricular ausgewiesenen - Fächern (Sachbereichen) überdurchschnittlich - fachlich wie methodisch, letztlich kategorial - geschulten Menschen.

Die tertiäre Bildungsstufe ist die grundwissenschaftliche Anschlußstufe an die vollwissenschaftlichen Ausbildungsstufen der Modernen Stufenhochschule. Sie bedarf der inneren wie äußeren Vorbereitung durch Vorstufe, Grundstufe, Sekundarstufe, jeweils mit Binnendifferenzierung (zugunsten des einzelnen Schülers) und Außenintegration (zugunsten optimaler Planung, Organisation und Verwaltung). Die tertiäre Bildungsstufe vereinigt Schwerpunktbildung mit Grundwissenschaftlichkeit (pädagogischer Gesichtspunkt); innere Differenzierung (nach Schwierigkeitsgraden) mit äußerer Differenzierung (nach Arbeitsgruppen) - organisatorischer Gesichtspunkt -; schließlich individuelle Motivation mit politischer Aktion (Einübung der Selbstverantwortlichkeit) - bildungspolitischer Gesichtspunkt -.

Die tertiäre Bildungsstufe wird damit zum individual- wie gesellschaftspolitischen Angelpunkt einer fortschrittlichen Sozial- und Bildungspolitik.

3. Auch die Gesamthochschule - der Gesamthochschulbereich - haben ausgedient; die Moderne Stufenhochschule kommt -

Wer Fachhochschulen (z.Z. noch: Höhere Fachschulen), Hochschulen, Universitäten und (reine) Forschungseinrichtungen zu einer Gesamt-

hochschule verknüpft, kanalisiert zwar den Studentenansturm und hilft den inhumanen numerus clausus abzubauen - handelt jedoch momentbezogen und damit politisch kurzsichtig. Es geht nicht mehr darum, "die Gesamthochschule ... anzupassen" (Punkt 78 NRW-Aktionsprogramm), sondern darum, sie zu verändern, besonders z.B. bezüglich des "entstehenden Mittelbaus" (Punkt 82), denn er bedeutet letztlich Diskriminierung von hochqualifizierten Kräften, denen die Möglichkeit zur Vollprofessur - etwa im Sinne eines Neuen Extraordinariats bzw. der "Studienprofessur" - einzuräumen ist.

Die Moderne Stufenhochschule ist gekennzeichnet durch die ständige Möglichkeit zur Höherqualifikation, die nahezu unbegrenzte Aufnahmefähigkeit ihrer Erststufe (als Ausbildungs- und Lehrstufe), die ständige Abgabefähigkeit qualifizierter Absolventen (für den gehobenen und höheren gesellschaftlichen Berufsbedarf), die kritisch-reflexive Selbstverwaltung, die wissenschaftliche Selbstkontrolle und die politische Offenheit.

Die Moderne Stufenhochschule ist ein unentbehrliches Regulativ auf dem Weg einer fortschrittlichen Partei in eine bessere, d.h. gesicherte, der friedlichen und freiheitlichen Entfaltung des Menschen dienende Zukunft.

DIE SITUATION AN DEN HOCHSCHULEN

- EINIGE FOLGERUNGEN FÜR DEN RING CHRISTLICH DEMOKRATISCHER STUDENTEN

Gerd Langguth

Zwar konnte der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) vor allem in den zurückliegenden zwei Semestern an den einzelnen Hochschulen anlässlich der Wahlen zu den Studentenparlamenten insgesamt eine Sitz- und Stimmenzahl erringen wie nie zuvor, doch war insbesondere im vergangenen Wintersemester an den Hochschulen ein "Linkstrend" festzustellen, der selbst traditionell gemäßigten Studentenschaften einen linksradikalen AStA - weil eben zum Teil knappe linke Mehrheit im Studentenparlament - bescherte. Wie konnte es zu dieser Entwicklung kommen und wie stellt sich der RCDS darauf ein?

Zunächst einmal ist festzustellen, daß in der Öffentlichkeit leider der Eindruck vorherrscht, als ob nach Protestaktionen und zum Teil radikalen Klamaukszenen inzwischen an den Hochschulen wieder "Ruhe" und "Ordnung" eingekehrt sei. Während sich noch vor zwei Jahren förmlich Politiker "prostituierten", die sich für die "Belange" der jungen Generation, für die Behebung der Gründe des studentischen Protests verbal einsetzten und Linderung der miserablen Zustände an den Universitäten versprachen, scheint heute das Interesse für Bildungs- und Hochschulfragen fast auch bei den Trägern der öffentlichen und "veröffentlichten" Meinung nur noch minimal. Unbemerkt vollzieht sich

in den Studentenschaften hingegen vor allem innerhalb der Linken ein gefährlicher Machtwechsel, da immer mehr die SED-ferngesteuerten und kadergeschulten DKP-Studenten von "SPARTAKUS - Assoziation marxistischer Studenten" - die Diskussion innerhalb der Linken bestimmen, währenddessen der anarchistische, antiautoritäre SDS, der sich, zum Teil im Gegensatz zu den doktrinären Marxisten, nicht mehr bei den Studentenparlamentswahlen beteiligte ("in bürgerlichen Gremien kann man keine sozialistische Politik machen"), - von der Öffentlichkeit großenteils unbemerkt, aber ebenso umso gefährlicher - in die einzelnen Fachschaften und in "rote Zellen" zurückzog.

Nachdem die spektakulären Aktionen des einstigen SDS an den Hochschulen immer seltener wurden, war durchweg fast überall auch ein Rückgang der Wahlbeteiligung bei den Studentenparlamentswahlen festzustellen. Diese lag zum Teil bei unter 40 %, in München z.B. bei 33,9 % (oder bei den neugeschaffenen Wahlen der studentischen Vertreter in akademischen Gremien sogar bei unter 10 %). Geringe Wahlbeteiligung führt erfahrungsgemäß meist zu einem "Linkstrend". Einer der Gründe für den Verlust mancher Mehrheiten ist jedoch auch darin zu sehen, daß die Koalitionspartner des RCDS in ihrer Stimmenzahl rapide zurücksanken, währenddessen der RCDS in den meisten Fällen seine Stimmenzahl halten oder sogar ausbauen konnte, jedoch leider nicht überall. Einer der wesentlichsten Gründe für den erneuten Aufschwung der Linken muß auch in dem derzeit relativ 'positiven' Image der SPD in der Studentenschaft gesehen werden, die ob ihrer Regierungstätigkeit mit bestimmten Vorschußlorbeeren bedacht wird. Als eigenständiger Faktor für das Image der SPD muß in diesem Zusammenhang die Person des Bundespräsidenten genannt werden, die wesentlich mit zu dem angeblich intellektuellen Bild der SPD in der Studentenschaft beiträgt. In diesem Zusammenhang muß auch gefragt werden, warum die CDU in der Vergangenheit es nicht verstanden hat, ihr Verhältnis zu den Intellektuellen einträglicher zu gestalten. Durch das relativ gute Image der SPD sind auch die teilweisen Wahlerfolge des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) zu verstehen, der ganz mit der SPD von dem Normalstudenten identifiziert wird, obwohl er völlig ins Lager der radikalen Linken eingebettet ist, wobei er dort allerdings nicht einmal eine ideologisch besonders hervorragende Rolle spielt.

So stellt sich die derzeitige Situation an den Hochschulen dar, die vor allem noch durch folgenden Hinweis ergänzt werden soll: Während an den Universitäten der studentische Revolutionarismus sehr viel lautloser und neuerdings eben wieder systemimmanenter (die Verweigerungsstrategie und antiautoritäre Phase der Linken ist großen Teils vorbei) vor sich geht, ist nachgerade in einer Art "Verspätungseffekt" eine verstärkte Politisierung auch der Pädagogischen Hochschulen festzustellen. Bemerkenswerterweise macht die Politisierung z.B. auch vor den Ingenieurschulen nicht halt. In diesem Zusammenhang sei auch auf die Revolutionierung der Schüler hingewiesen.

Aus dieser Analyse ergeben sich für den RCDS u.a. folgende Konsequenzen:

Die Bemühungen des neuen Bundesvorstandes des RCDS werden verstärkt

darauf gerichtet sein, gerade an den Pädagogischen Hochschulen und an den Ingenieurschulen seine Bemühungen zu verstärken. Der RCDS wird sich aber auch verstärkt nicht nur um Sitze in den Studentenparlamenten bemühen, um u.a. somit zu verhindern, daß linken Gruppen ein relativ machtvoller Organisationsapparat in die Hände fällt, er wird sich vor allem in den einzelnen Fachbereichen und in den Fachschaften aktiver zeigen, da vor allem auf dieser Ebene die politischen Auseinandersetzungen innerhalb der Studentenschaft ausgetragen werden.

Die Anfänge der Zusammenarbeit mit gemäßigten Schülergruppen werden ebenfalls fortgesetzt und intensiviert werden. Diese Zielsetzungen gehen einher mit verstärkter Schulungsarbeit, vor allem nicht allein auf dem Gebiete des doktrinären Marxismus/Leninismus, der in Zukunft verstärkt an den Hochschulen bekämpft werden muß, sondern auch auf dem fachspezifischen Bereiche der Universität.

Gleichzeitig - und das ist das wichtigste - bemüht sich der RCDS, der sich als "vordenkende Gruppe" innerhalb des weiten Bereiches der Unionsparteien versteht, den Ausbau seiner eigenen Position durch die theoretische Ausweitung des Grundsatzprogramms des RCDS, vor allem auch auf dem Gebiet polit-ökonomischer Strukturen, zu erreichen.

Da der RCDS, der als einziger demokratischer Studentenverband noch Einfluß über eine politische Partei zu nehmen sucht (außer den DKP-Studenten), an den Hochschulen weitgehend mit der CDU identifiziert wird, muß es jedoch auch vorrangiges Ziel des RCDS sein, die CDU in eine politisch vernunftbarere Richtung zu bewegen. Aus diesem Grunde wird sich der RCDS in Zukunft vor allem auf dem Gebiet der Sozial- und Gesellschaftspolitik verstärkt einschalten, da ähnlich wie die derzeitigen Regierungsparteien die CDU ihr fehlendes Konzept auf diesem Gebiet durch eine allzu starke Betonung der - wichtigen - Außenpolitik übertünchen will. Dies ist auch eine zwangsläufige Konsequenz aus dem "C" im Namen der CDU und des RCDS, wobei zu bemerken ist, daß die letzte Bundesdelegiertenversammlung des RCDS erstaunlich und erfreulich klar positiv zum "C" im Namen des RCDS Stellung bezogen hat.

Der RCDS wird sich trotz und wegen seiner bewußten Parteinähe nicht vom Kampf gegen jeden Rechtskonservatismus in der CDU abbringen lassen, da die Überlebenschancen der Unionsparteien nur dann echt gegeben sind, wenn die Union sich jetzt vor allem auf gesellschafts-politischem Sektor als eine "offene" Partei erweist.

KURZ NOTIERT:

Zwischen dem Rat der EKD und Vertretern der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag fand am 22.4.1970 in Bonn ein ausführlicher Meinungsaustausch über Fragen von beiderseitigem Interesse statt. Es herrschte Einvernehmen in der Überzeugung, daß nur durch energische Reformen die junge Generation vor dem verhängnisvollen Irrtum bewahrt werden könne, daß die Mängel der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung durch einen gewalttätigen Umsturz beseitigt werden könnten. An dem Gespräch nahm u.a. auch der Bundesvorsitzende des EAK, Bundesminister a.D. Dr. Gerhard Schröder, MdB, teil.

Leider können wir aus Raummangel nicht alle uns vorliegenden Leserbriefe bringen; wir bitten um Verständnis dafür, daß wir die restlichen Zuschriften in der Juni-Ausgabe der "Evangelischen Verantwortung" abdrucken.

ZUM THEMA: ANSTÖSSE DER MODERNEN THEOLOGIE (siehe EV Nr. 4/70)

"Die Ausführungen von Pfarrer Eberhard Stammler über "Anstöße der modernen Theologie" erscheinen mir als einfachem evangelischen Laien ergänzungsbedürftig, wenn nicht gar fragwürdig. Stammler sieht das Grundanliegen der modernen theologischen Arbeit darin, daß sie vor allem auf "die Menschwerdung Christi" zurückgreift, also - wie Stammler diese auslegt - "auf das Angebot Gottes, in Christus zum wahren Menschen befreit zu werden." Damit gewinnt - nach Stammler - "auch das zentrale Gebot der Nächstenliebe ein neues Gewicht und damit die Verantwortung für den Mitmenschen."

Ich vermag mit der Redeweise vom "Befreitwerden zum wahren Menschen" nichts anzufangen. Um so weniger, als sie bei Stammler nur dazu dient, der Kirche politische und gesellschaftskritische Aufgaben zuzuweisen und "die bestehenden Ordnungen" in Frage zu stellen. Liegt hier nicht eine entscheidende Verkürzung, ja Verbiegung des Evangeliums vor? Das Gebot mitmenschlicher Verantwortung dürfte doch wohl auch für den Nichtchristen gelten. Wenn Gott in der "Menschwerdung Christi" die Welt so geliebt hat, daß er Seinen eingeborenen Sohn hingab, auf das alle, die an ihn glauben, nicht verloren werden, - so geht es für den Christen doch darum, daß das Verhältnis zu Gott wieder in Ordnung komme. Luthers Erklärungen zu allen zehn Geboten heben mit den Worten an: "Wir sollen Gott fürchten und lieben, daß wir ...". Wenn wir uns Mühe geben, daß unser Verhältnis zu Ihm, unserem Herrn, in Ordnung sei, daß wir unser Tun und Lassen vor ihm zu verantworten suchen, dann gilt auch die Verheißung, daß unser Verhältnis zum Nächsten in Ordnung gerät.

Ist es nicht ein Kernstück evangelischer Gläubigkeit, daß der gute fromme Mensch auch gute fromme Werke tue, nicht aber daß gute fromme Werke den Menschen vor Gott gerecht machen? Gefragt, welches das vornehmste Gebot sei, antwortete Christus: "Du sollst lieben Gott, deinen Herrn, von ganzem Herzen, von ganzer Seele und von ganzem Gemüte. Dies ist das vornehmste und größte Gebot. Das andere aber ist ihm gleich: Du sollst deinen Nächsten lieben als dich selbst." So hat Christus selbst die rechte Kausalordnung gesetzt.

Wer mit Stammler eine theologische Rechtfertigung darin sucht, daß die Kirche sich heutzutage darauf einstellen müsse, daß im modernen Bewußtsein "das Jenseits durch das Diesseits fast völlig verdrängt wurde", der rüttelt an dem unverzichtbaren Auftrag der Kirche. Ihr vornehmster Dienst ist es und muß es bleiben, das Evangelium und das heißt doch die frohe Botschaft von Gottes Liebe, Seinem Erbarmen und Seiner Vergebung zu verkünden. - "Das Wort sie sollen lassen stahn!"

Dr. Alfred Gramsch
Oldenburg

+) Die hier wiedergegebenen Ansichten brauchen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion übereinzustimmen.

"Eberhard Stammler schreibt in Bezug auf die Denkanstöße der "modernen Theologie" u.a., "daß wir heute wieder gewaltige Umbrüche und das Ende eines Zeitalters" erleben. Soweit kann ich Ihnen zustimmen. Allerdings - so meine ich - ist es nicht nur das Ende eines Zeitalters, sondern das Ende der Weltgeschichte schlechthin, wie es in Johannes Offenbarung 16,17 mit den Worten endet: "Es ist geschehen!"

Das erschütternde heute ist doch wohl das, daß man meint, es geht jetzt lediglich um eine "neue Epoche" der üblichen Weltgeschichte und nicht um "das Ende der Heidenzeit" wie es Paulus im Römerbrief 12,25 meint: "Blindheit ist Israel solange widerfahren, bis die Zeit der Heidenmission erfüllt ist." Diese Zeit geht zu Ende, wir sehen es überall auf der Welt. Heute beginnt sich aber auch das zu erfüllen, was in Hesekeil 38 geschildert wird. Das merkwürdige Interesse, das Rußland an der Unterstützung der arabischen Welt mit dem Einzug ins Mittelmeer gegen Israel findet, wird doch in Hesekeil 38 vorausgesagt. Zugleich aber auch wird dort gesagt: Gott wird diesen Riesen Rußland "herumlenken", er will ihm einen Zaum ins Maul legen. Die Stoßrichtung Rußlands geht gegen Westen, wenn wir diesen asiatischen Koloß auf der Karte sehen. Im Vorderen Orient, dem "Nahen Osten" fallen weltgeschichtliche und heilsgeschichtliche Entscheidungen in absehbarer Zukunft. Wir sind "mit unserem Latein" am Ende! Das ist die Situation heute anno 1970! Zwar ist es uns heute durchaus möglich, den Mond und andere weltferne Planeten aufzusuchen, obwohl es nicht die uns von Gott gestellte Aufgabe ist, die klar lautet: "Bebauet die Erde!" Aber gerade diese Aufgabe nehmen wir nicht mit aller Energie wahr.

Wenn die "moderne Theologie" uns das klar machen will, daß der Mensch den Mitmenschen - und zwar global gesehen! - lieben soll wie sich selbst, dann ist sie zugleich urchristlich und modern, d.h. neuschöpfend. Wenn es in der jüngsten Zeit oftmals um das "C" im Parteinamen der CDU/CSU ging, so ist zu sagen, daß sich die Union aufgibt, wenn sie das christliche Idealbild verliert. Sie hat, das ist meine Überzeugung, in der Vergangenheit bereits in Verbindung mit den Freien Demokraten zu viele Kompromisse gemacht und ist nicht immer auf der Seite der "Sozialschwachen - Leidenden" usw. gewesen, sowohl nach außen wie nach innen! So sind weder die Fragen der Mitbestimmung - obwohl bereits 1947 im Programm - noch die der Familienunterstützung, noch andere soziale Fragen hinreichend und richtungsgebend geändert worden. Die Union hatte es versäumt, rechtzeitig auf die warnenden Signale aus der Jugend (auch der modernen Theologen) zu hören. Sie war nicht bereit, avantgardistisch das Risiko auf sich zu nehmen, beispielhaft für die Welt zu werden und hat zu sehr nach Sicherungen im wirtschaftlichen und politischen Raum Ausschau gehalten. Dabei wäre es nach meiner Meinung gerade die beste Sicherheit gewesen und hätte uns in den internationalen Beziehungen weitergebracht, wenn man seinen ursprünglichen Grundsätzen treuer geblieben wäre und mit aller Macht (die ja zur Verfügung stand) durchgeführt hätte. Weitgehend hatte man z.B. den Familienminister Würmeling alleingelassen. Der Tanz um das goldene Kalb "der freien Demokraten" kostete die CDU/CSU die Macht..."

Friedrich Karl Weyell
Nieder-Olm

Redaktionsgemeinschaft: Eberhard Amelung, Peter Egen, Eberhard Stammler
Verantwortlich für den Inhalt: Peter Egen
Anschrift: Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU
53 Bonn/Rh., Kaiserstr. 22, Ruf 02221-52931
Abdruck kostenlos gestattet - Belegexemplare erbeten
